

# Geruchspuren stinken den üblichen Verdächtigen

☒ Die Idee, gewalttätige Autonome auch an ihrem Geruch wieder zu erkennen ist naheliegend, gefällt aber verständlicherweise nicht jedem. FDP, Grüne und SPD sind empört über die Einführung solcher „Stasimethoden“, nachdem die Polizei im Zuge der Durchsuchungen von Wohnungen autonomer G8 Randalierer Körpergeruchspuren genommen hat, um im Fall von Anschlägen oder Gewalttaten benutzte Gegenstände und Waffen bestimmten Tätern zuordnen zu können. Die SED-Erben der Linkspartei, die wesentlich an der Vorbereitung der Randalen beteiligt sind, ziehen es vor, zu dem peinlichen Thema zu schweigen.

Das polizeiliche Verfahren, das den ausgeprägten Geruchssinn speziell trainierter Hunde nutzt, ist eine Variante der Spurensuche, wie sie auch bei der Suche nach vermissten Personen oder flüchtigen Tätern eingesetzt wird. Anhand vorhandener Geruchspuren können Hunde anhaftende Körpergerüche an Gegenstände einer bestimmten Person zuordnen, die diese berührt hat. Ein schlagendes Argument in Form eines Pflastersteins, das einem Polizeibeamten an den Kopf fliegt, trägt damit ein klares Copyrightvermerk. Kein Unterschied zum klassischen oder genetischen Fingerabdruck oder dem guten alten Täterfoto. Nur ein weiteres Hilfsmittel polizeilicher Strafverfolgung, mit der Chance, Gewalttäter dingfest zu machen.

Das muss denen missfallen, die sich hauptsächlich durch versteinerte Argumente artikulieren, und so schreit besonders der vorbestrafte Terroristenunterstützer, parlamentarische Geheimdienstkontrolleur und „Retter Kreuzbergs vor dem Cheeseburger“, Hans-Christian Ströbele (Grüne), Zeter und Mordio und kalauert vom „perfekten Schnüffelstaat“ Die Assoziation vom schnüffelnden Hund zum Schnüffelstaat war dem Meister der Diffamierung zu verführerisch, um nicht in die

Denkfalle zu tappen.

Auch Wolfgang Thierse (SPD) sieht durch die Wahrnehmung menschlicher Ausdünstung die Republik in höchster Gefahr:

*„Eine solche Praxis erinnert mich an Stasi-Methoden.“ Der ostdeutsche SPD-Politiker warnte die Behörden „vor Hysterie, die zu Polizeistaats-Methoden ? la DDR führen“ könnte. Es sei für ihn „schon schlimm genug, dass ich rund um das Tagungsgelände einen kilometerlangen Metallzaun ertragen muss, der mir die Mauer aus DDR-Zeiten zurück ins Gedächtnis bringt“, sagte Thierse.*

Schlimm finden wir, dass solche Maßnahmen in Deutschland wieder nötig sind, um eine Konferenz mit ausländischen Staatsgästen zu schützen. Schuld daran sind die, die seit Jahren das Volk gegen Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft aufhetzen. Vielleicht sollte Herr Thierse sich der traurigen Zustände in der DDR besser mal erinnern, wenn seine Parteigenossen mit den alten SED-Kadern und -Spitzeln auf Regierungsbänken Platz nehmen und alte und neue Stalinisten andersdenkende Bürger bereits wieder als Neonazis und faschistische Klassenfeinde bedrohen und angreifen.